

Kogler fordert drastische Waffengesetze nach Graz-Attentat!

Bundeskanzler Stocker kündigt nach dem Attentat in Graz wichtige Maßnahmen an. Kogler fordert Reformen beim Waffenbesitz und Unterstützung für Betroffene.



Graz, Österreich - Am 14. Juni 2025 kündigte Bundeskanzler Christian Stocker in Reaktion auf das Attentat an einer Grazer Schule mehrere Maßnahmen der Bundesregierung an. Diese Initiative wird von Werner Kogler, dem Bundessprecher und Klubobmann der Grünen, begrüßt. Kogler weist auf die Dringlichkeit der Unterstützung für die Betroffenen, Schulpersonal und Trauernden hin und fordert ein Umdenken hinsichtlich des Waffenbesitzes sowie strengere Waffengesetze.

Kogler betont, dass der Schutz vor Waffen höchste Priorität haben sollte, anstelle des Rechts auf Waffenbesitz. In Österreich haben fast alle volljährigen Personen die Möglichkeit, mit minimalen Auflagen Waffen zu erwerben. Dies, so Kogler, müsse

sich ändern: „Privatpersonen sollten in der Regel keine Waffen mehr kaufen dürfen“, mit Ausnahmen für Jäger, Sportschützen und bedrohte Personen.

Erforderliche Schritte zur Gewaltprävention

Ein weiterer wichtiger Schritt in Koglers Augen ist der Ausbau der psychologischen Betreuung an Schulen. Er fordert einen schnellen und kostenlosen Zugang zu psychologischer Hilfe für junge Menschen, um präventiv gegen Gewalt vorzugehen. Zudem äußert er Kritik an der finanziellen Vernachlässigung wichtiger Unterstützungsangebote durch die blau-schwarze Landesregierung in der Steiermark.

Im Vergleich zu den Waffengesetzen in Deutschland, wo das Waffenrecht in den letzten Jahren verschärft wurde, bestehen in Österreich nach wie vor laxere Bestimmungen. Während in Deutschland ein polizeiliches Führungszeugnis und eine Abfrage bei Gesundheitsämtern Voraussetzung für den Waffenbesitz sind, gibt es in Österreich kein Äquivalent zum „Kleinen Waffenschein“, der für das Tragen von Anscheinswaffen erforderlich ist. In Deutschland muss der Antragsteller zudem einen Bedarf für den Waffenbesitz nachweisen, was in Österreich nicht gleichwertig geregelt ist, so berichtet **WDR**.

Waffenrecht und ihre globale Relevanz

Die Thematik des Waffenbesitzes hat auch internationale Dimensionen, insbesondere in den USA. Laut einem Bericht von Amnesty International ersticken Überlebende von Waffengewalt unter hohen Kosten für medizinische Hilfe und bürokratischen Hürden bei der staatlichen Unterstützung. Der Bericht „Scars of Survival“ deckt damit eine Menschenrechtskrise auf, die mit Tausenden Toten und Verletzten einhergeht. Die US-Regierung wird vorgeworfen, ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht zu erfüllen, besonders in Bezug auf die Waffengesetze.

In 30 US-Bundesstaaten ist der Kauf einer Pistole ohne

Waffenschein oder Genehmigung möglich. Diese laxen Vorschriften stehen in krassem Gegensatz zu dem, was Kogler für Österreich verlangt. Das Schicksal von Überlebenden, wie Megan Hobson und Jamie Williford, verdeutlicht die Notwendigkeit umfassender Unterstützung und Gesundheitsversorgung. Beide Frauen stehen vor großen Herausforderungen, nicht nur in Bezug auf die medizinische Betreuung, sondern auch bei der Suche nach bezahlbarem, barrierefreiem Wohnraum. Diese internationalen Perspektiven zeigen, dass die Diskussion über Waffenrecht weit über nationale Grenzen hinausgeht und dringenden Handlungsbedarf erfordert.

Details	
Vorfall	Terrorismus
Ort	Graz, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www1.wdr.de• www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at